

Pressemitteilung

Bauernverband Schleswig-Holstein kritisiert Ausweisung neuer Naturschutzgebiete: „Landwirtschaft wird erneut zum Verlierer politischer Symbolpolitik!“

Der Bauernverband Schleswig-Holstein (BVSH) kritisiert die vom Umweltministerium angekündigte Ausweisung von rund 1.000 Hektar neuer Naturschutzgebiete in Schleswig-Holstein scharf. Unter dem Deckmantel der sog. „Naturwiederherstellungsverordnung“ würden wertvolle landwirtschaftliche Nutzflächen dauerhaft der Bewirtschaftung entzogen – ohne dass die betroffenen Betriebe in ausreichender Weise beteiligt oder ihre Belange berücksichtigt worden seien.

Dies sei besonders am Beispiel im Bereich rund um den Winderatter See erkennbar, wo auf großer Fläche produktives Grünland und Ackerflächen in das geplante Schutzgebiet einbezogen werden sollen. Diese Flächen werden seit Generationen nachhaltig bewirtschaftet und leisten bereits heute einen wichtigen Beitrag zum Natur- und Artenschutz. Die nun vorgesehenen Einschränkungen würden jedoch erhebliche betriebliche Einschnitte und Einkommensverluste nach sich ziehen. Zudem handelt es sich dort um ein großflächiges Gebiet, in dem viele Betriebe mit den Auflagen und Beschränkungen eines Naturschutzgebietes konfrontiert werden.

„Hier wird mit dem groben Beil gearbeitet, statt mit Augenmaß und Sachverstand. Statt bestehende Kooperationsmodelle mit den Landwirten zu stärken, werden wichtige Flächen für die Ernährungssicherung faktisch enteignet – und das, ohne die Betroffenen vorher wirklich anzuhören“, erklärt BVSH-Präsident Klaus Peter Lucht *„Da geht es nicht um Naturwiederherstellung, sondern das ist politische Landschaftsgestaltung auf dem Rücken der Landwirtschaft.“*

Der Verband mahnt zudem an, dass man sich bei der Auswahl sämtlicher geplanter Gebiete konsequent auf Flächen konzentrieren müsse, die ohnehin im Eigentum oder im Einflussbereich der Stiftung Naturschutz stehen, was zu anderen Gebietsauswahlen führen würde.

Darüber hinaus kritisiert der Bauernverband, dass die Landesregierung mit dem Vorgehen gegen die in der Naturwiederherstellungsverordnung ausdrücklich vorgesehene Beteiligung der Berufsverbände verstoße. Die landwirtschaftlichen Interessen seien bislang in die Entscheidungsprozesse kaum einbezogen worden, obwohl die EU-Vorgaben zur Wiederherstellung der Natur ausdrücklich eine wirksame Beteiligung fordern.

Der Bauernverband fordert die Landesregierung auf, die geplanten Ausweisungsverfahren umgehend auszusetzen und mit den betroffenen Landwirten und ihren Verbänden in einen echten Dialog über kooperative und freiwillige Lösungen einzutreten.

Kontakt:

Susanne Dreyer T: 04331-127721